



Andreas Ehlert, selbstständiger Schornsteinfegermeister und Gebäudeenergieberater, ist seit 2014 Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf.

Energiepläne zum Vergessen

Der Industriestrompreis ist eine Idee aus der Mottenkiste der Planwirtschaft.

Das Gespenst der Deindustrialisierung geht in Deutschland um. Man hat die dunkle Ahnung, dass wir unseren Wirtschaftsstandort empfindlich schwächen – durch drückende Steuerbelastungen, lähmende Bürokratie, marode Infrastruktur und nun auch noch durch die energiepolitische Transformation. Manch einer setzt nun die Hoffnung auf einen festen Industriestrompreis. Doch eine solche Preisgarantie des Staates ist eine Idee aus der Mottenkiste der Planwirtschaft – und sollte da auch bleiben, gut verschlossen und vergessen.

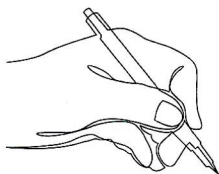
Ein fester Strompreis für die Industrie schließt notwendigerweise andere aus, nämlich all diejenigen, die nicht zur Industrie gerechnet werden. Die große Lebensmittelfabrik steht ja nicht nur im Wettbewerb mit internationalen Konzernen, sondern auch mit dem Bäcker oder dem Fleischer von nebenan. Die energieintensive Industrie willkürlich zu subventionieren, wäre ein Schlag in die Magengrube des deutschen Mittelstandes, der diese Subventionen auch noch mitfinanzieren müsste. Ausgerechnet die Grünen, denen dezentrale Produktionsstrukturen sympathisch sein

müssten, verleugnen damit ihren programmatischen Kern des „Small is beautiful“.

Es ist auch eine naive Vorstellung, dass die Gewährung von Energiepreissubventionen die Abwanderung von Industrie ins Ausland verhindern könnte. Solche flüchtigen Subventionen sind kein sicherer Grund für langfristige Standortentscheidungen. Wer den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken will, muss mehr für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes tun. Durch weniger bürokratische Bevormundung, geringere Steuerlasten, bessere Infrastruktur, ein erfolgreicheres Bildungssystem, ein klares Bekenntnis zum Freihandel unter Gleichgesinnten und mehr Innovationsoffenheit zum Beispiel.

Ein fester Industriestrompreis würde auch das völlig falsche Signal setzen, dass sich Anstrengungen zur Reduzierung von Energiekosten gar nicht so recht lohnen. Er torpediert den vernünftigen Ansatz, über die höhere Bepreisung von Emissionen Verhaltensänderungen auszulösen. Der Staat produziert in der Energiepolitik derzeit heillose Verwirrung: hohe Steuern und Entgelte auf Energieversorgung, daneben hohe, kurzzeitige und widersprüchliche Subventionen, zugleich eine um sich greifende CO₂-Bepreisung, aber auch Preisdeckel für Strom und Gas, dazu selektive Verbote für verpönte Technologien und zu alledem noch den Ausbau von teuren Monopolstrukturen bei der Fernwärme. Das alles führt zu einer Kultur des Abwartens, zu überhöhten Preisen und zu Mitnahmeeffekten.

Nötig ist eine Renaissance des Ordnungsdenkens in der Energiepolitik. Die Politik muss erstens dafür sorgen, dass das Angebot an Energie wächst.



„Entlasten ist immer besser als Subventionieren.“

Derzeit tut sie genau das Gegenteil, treibt dadurch die Preise hoch und schafft Versorgungsrisiken. Zweitens sollte sie zur Bändigung der Energiekosten alle Möglichkeiten nutzen, diverse Steuern und Entgelte zu reduzieren. Denn Entlasten ist immer besser als Subventionieren. Und drittens muss sie konsequent auf marktwirtschaftliche Steuerungsinstrumente setzen, anstatt mit immer kleinteiligeren Vorgaben, Verboten und Subventionen für Verwirrung zu sorgen. Eine wahrhaftige CO₂-Bepreisung ist der beste Weg, um innovative Verhaltensänderungen im Energieverbrauch auszulösen – vom kleinen Hausbesitzer bis hin zur Schwerindustrie. Damit würde man die klimapolitischen Ziele schneller erreichen und dem Industriestandort auf lange Sicht besser dienen als mit noch mehr Konfusion durch einen festen Industriestrompreis. <<